



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Die EU will mit der Schweiz über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedstaaten verhandeln. Das ist die logische Konsequenz des bilateralen Weges, den wir mit der EU eingeschlagen haben. Der bilaterale Weg

Erweiterung der EU

wurde vor drei Jahren von einer grossen Mehrheit der Schweizer Bevölkerung unterstützt. Er hat sich bisher bewährt und ist die einzige integrationspolitische Option für die absehbare Zukunft. Dass es für die EU dereinst nur eine Personenfreizügigkeit geben kann, die für alle 25 Mitgliedstaaten gleichermaßen gilt, versteht sich von selbst. Die Schweiz braucht sich davor nicht zu fürchten. Auch für die neuen EU-Länder werden Übergangsfristen und Schutzklauseln gelten, die nun auszuhandeln sind. Die Erfahrung zeigt, dass der freie Personenverkehr weder zu Lohndumping noch zu Stellenverlust führt, sondern im Gegenteil neues Wachstum schafft. Die Schweizer Wirtschaft braucht die Brücke der bilateralen Verträge zur EU – und ganz besonders zur erweiterten EU.

@ rudolf.ramsauer@economieuisse.ch

Die Ausgaben bremsen, den bilateralen Weg weiterführen

An der Jahresmedienkonferenz Ende April hat economieuisse aktuelle und künftige Herausforderungen für unser Land aufgezeigt. Die Referenten stellten zudem Massnahmen vor, welche die Motoren der Schweizer Wirtschaft wieder ankurbeln sollen.

Die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz ist nach wie vor flau. Dennoch hält economieuisse nichts von staatlichen Impulsprogrammen, um die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen.

Vielmehr, erläuterte Verbandspräsident Ueli Forster an der Jahresmedienkonferenz, müssten die Produktivkräfte gestärkt werden: unter anderem durch höhere Investitionen in Bildung und Forschung, steuerliche Anreize zur Bildung von Eigenkapital (vor allem bei den KMU), durch die Beseitigung bürokratischer Hemmnisse und durch eine Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme.

Mehr wirtschaftliche Dynamik könne auch erreicht werden durch eine Rückführung der staatlichen Aktivitäten und durch die damit verbundene Schaffung von Freiräumen für Private. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung von economieuisse, wies in

diesem Zusammenhang darauf hin, dass das überschüssende Ausgabenwachstum des Bundes und der Sozialwerke auf ein nachhaltiges Niveau abgebremst werden müsse.

Die wichtigen Themen im Bereich Aussenwirtschaftspolitik umriss an der Medienkonferenz Charles Pictet, Vizepräsident von economieuisse. Der Verband unterstütze in der Europapolitik den bilateralen Weg, denn es gebe zurzeit keine realistische Alter-

Pictet wies zudem darauf hin, dass sich Befürchtungen rund um das Abkommen über den freien Personenverkehr nicht bewahrheitet hätten: Der freie Personenverkehr habe zu keiner bedeutenden Zunahme der Migration geführt.

Steuererhöhungen

lösen Ausgabenproblem nicht
Die Ausgaben des Bundes werden in den nächsten Jahren um weitere 20 Prozent wachsen. Rudolf Ramsauer warnte in die-



Vizepräsident Charles Pictet, Verbandspräsident Ueli Forster, Direktor Rudolf Ramsauer und Geschäftsleitungsmitglied Rudolf Walser von economieuisse an der Medienkonferenz (v.l.n.r.).

sem Zusammenhang vor den unausweichlichen fiskalischen Folgen, die für die Investitionsbereitschaft, für das Wachstum und das Schaffen von Arbeitsplätzen in unserem Land verheerend wären. Eine Korrektur mit Steuererhöhungen irgend-

native. Für die Schweizer Wirtschaft sei zudem klar, dass die mit der Europäischen Union abgeschlossenen Bilateralen Abkommen auch auf die neuen EU-Mitgliedstaaten auszudehnen seien, denn diese stellten für die Schweiz wichtige Märkte der Zukunft dar.

Fortsetzung auf Seite 2

Schwerpunktthema

Die im Aufbau befindlichen Fachhochschulen müssen möglichst rasch einen eigenständigen Platz im Schweizer Hochschulsystem erlangen. Seite 2 ▶

EU-Erweiterung

Die Schweizer Wirtschaft begrüsst die Ausdehnung des bilateralen Vertragsnetzes auf die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU. Seite 5 ▶

KMU-Porträt

Die Bison Group entwickelt am idyllischen Sempachersee Software und Hardware und bietet ihren Kunden damit umfassendes IT-Know-how. Seite 7 ▶

Posttariferhöhung

Die Erhöhung der Posttarife belastet die Schweizer Wirtschaft. economieuisse plädiert für eine zügige Öffnung des Postmarktes. Seite 8 ▶

Der Aufbau des Fachhochschulsystems muss weitergehen

Das Fachhochschulsystem der Schweiz ist nach wie vor im Aufbau. Dass dieser nicht verzögert werden darf, hielt eine economiesuisse-Delegation im Gespräch mit Bundesrat Joseph Deiss fest.

Die Haushaltsperspektiven des Bundes und einiger Kantone haben sich stark eingetrübt. Dennoch darf der Aufbau des Fachhochschulsystems Schweiz wegen der Einführung von Bologna und der Überführung der Fachbereiche Gesundheit, Soziales, Kunst (GSK) in das Fachhochschulregime nicht verzögert werden. Aus dieser Sorge heraus haben sich am 1. Mai 2003 Bundesrat Joseph Deiss und eine Delegation von economiesuisse unter der Leitung von Dr. Andreas E. Steiner, Präsident der Forschungskommission und CEO der Belimo Holding AG, zu einer Aussprache getroffen. Dabei stellten beide Seiten eine weitgehende Übereinstimmung ihrer Meinungen fest. Die Haltung von economiesuisse lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Der Aufbau des FH-Systems darf wegen der Umsetzung von Bologna nicht verzögert werden, damit die Fachhochschulen (FH)

gegenüber den universitären Hochschulen nicht in Rückstand geraten.

2. Die FH müssen auch das Master-Diplom anbieten können. Das ist im Hinblick auf den gesetzlichen Leistungsauftrag der FH, insbesondere bezüglich angewandter Forschung und Entwicklung (aF+E) sowie Technologietransfer, unerlässlich. Dabei ist die mit der Einführung des Leistungspunktesystems (ECTS) verbundene Flexibilität sinnvoll zu nutzen – für einen Masterabschluss braucht es nicht zwingend exakt zwei Jahre.

3. Der Zugang zu den FH erfolgt in der Regel über die Berufsmaturität. Dieser Zugang ist aufgrund des wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandels und der Veränderungen auf dem Lehrstellenmarkt laufend zu überprüfen.

4. Die Wirtschaft begrüsst es, dass die GSK-Schulen genehmigungsrechtlich dem Fachhochschulgesetz (FHSZ) unterstellt sind. Mit Rücksicht auf den angespannten Bundeshaushalt wäre allenfalls die Integration subventionsrechtlich etappenweise vorzunehmen.

Dabei ist es aus Sicht der Wirtschaft nötig, den gesetzlichen Leistungsauftrag für die GSK-Schulen entsprechend zu interpretieren, ohne jedoch das FHSZ zu ändern: Die ange-



Rudolf Walser,
Mitglied der
Geschäftsleitung

wandte Forschung und Entwicklung und ihre Verbindung zur Wirtschaft beispielsweise lassen sich nicht tel quel umsetzen.

5. Es wäre politisch wichtig, wenn sich der Bund gegenüber den Kantonen bezüglich seines finanziellen Beitrags zu den FH verlässlicher verpflichten könnte. Eine Richtgrösse – wie im Gesetzestext vorgesehen – ist allerdings problematisch, weil damit die Planbarkeit für die Kantone erschwert wird. Die Zulassungsbedingungen müssen zudem auch für private FH zumutbar sein.

Es bleibt zu hoffen, dass auf diesem Weg die Fachhochschulen rasch ihren eigenständigen Platz im schweizerischen Hochschulsystem finden werden.

Gründung von CTI Investor Association

1996 hat die Kommission für Technologie und Innovation die Initiative KTI Start-up lanciert, da die Förderung von Start-up-Unternehmen eine der wirksamsten Formen des Technologietransfers darstellt. Ziel von KTI Start-up ist es, durch ein allgemein anerkanntes Gütesiegel die Mobilisierung von Finanzmitteln zu erleichtern. Im KTI-Expertenteam wirkten von Anfang an auch Mitglieder der Kommission für Wissenschaft und Forschung von economiesuisse mit.

Der 6. Mai 2003 war mit der Gründung des Vereins CTI Investor Association (Commission for Technology and Innovation) ein weiterer Meilenstein. Der Verein CTI Investor Association bietet KTI Start-ups eine Plattform, auf der sie sich den Vereinsmitgliedern präsentieren können. Das daraus entstehende Netzwerk soll nicht nur den Zugang zu Kapital ermöglichen, sondern auch den Austausch von Management-Wissen zwischen Start-up-Unternehmen und potenziellen Investoren fördern. Die Vereinsmitglieder sind gehalten, in einem bestimmten Zeitraum in CTI Start-ups zu investieren. CTI Investor Association ist die logische Fortführung von KTI Start-up und gibt eine marktwirtschaftliche Antwort auf die Frage nach der Finanzierung innovativer Firmengründungen.

Fortsetzung von Seite 1

welcher Art würde aber das Ausgabenproblem nicht lösen, sondern nur verschärfen. Die Ausgaben müssen von jetzt an auf dem Niveau der erwarteten Teuerung stabilisiert werden. economiesuisse ist überzeugt, dass über das Sanierungsprogramm des Bundesrats im Umfang von 3,5 Milliarden Franken hinaus zusätzliche Sparanstrengungen von 1,5 bis 2 Milliarden Franken unabdingbar sind.

Rudolf Walser, Geschäftsleitungsmitglied von economiesuisse, zeigte in seinem Referat auf, in welchen Bereichen in Bildung, Forschung und Tech-

nologie Effizienzsteigerungen realisiert werden könnten. Zu diesem Zweck wären Umlagerungen von der Ressortforschung, den projektgebundenen Beiträgen und den zentralen Technologietransferstellen zu den universitären Hochschulen nötig. Die Nationalen Forschungsprogramme (NFP) sollten abgeschafft und durch einen Leonhard-Euler-Preis für Spitzenforschung ersetzt werden, womit sich Einsparungen von 40 Millionen Franken ergäben.

Fachhochschulen von Sparübungen verschonen

Walser nannte aber auch Bereiche, die von Sparübungen unbe-

dingt verschont bleiben müssten: unter anderem die Finanzierung der Berufsausbildung und der Fachhochschulen, die Kredite für den ETH-Bereich und die universitären Hochschulen, Beiträge an den Schweizerischen Nationalfonds und verschiedene spezifische Forschungsgebiete. Ueli Forster warnte mit Blick auf die schwache Konjunktur und die leeren Bundeskassen vor den finanziellen Auswirkungen der sieben Initiativen, die am 18. Mai zur Abstimmung gelangen. Sie würden einen Staatsinterventionismus fördern, die Qualität des Wirtschaftsstandorts Schweiz gefährden und mit Kosten von

gegen 100 Milliarden Franken Unternehmen, Private und die öffentliche Hand überfordern. Die Standortqualität der Schweiz werde auch durch die schikanösen Bestimmungen gefährdet, die dem Flughafen Kloten von deutscher Seite auferlegt werden, führte Forster weiter aus. Er hoffe, dass in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen sei.

Für die Schweizer Wirtschaft bleibt es entscheidend, dass ihr sowohl im Inland als auch im Verhältnis zum Ausland klare, flexible und verlässliche Spielregeln zur Verfügung stehen. Dafür wird sich economiesuisse auch weiterhin einsetzen.

Erster Weltgipfel über die Informationsgesellschaft in Genf

Im Dezember 2003 findet in Genf der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft statt. Am Gipfel soll eine gemeinsame Basis zu Aspekten der Entwicklung der Informationsgesellschaft in Form eines Aktionsplans erarbeitet werden. Ein Gespräch über den Weltgipfel mit Marc Furrer, Direktor des Bundesamts für Kommunikation (BAKOM).

Herr Furrer, kürzlich hat die zweite Vorbereitungskonferenz für den dieses Jahr stattfindenden Weltgipfel über die Informationsgesellschaft stattgefunden. Welche Themen waren an der Vorbereitungskonferenz von besonderer Bedeutung?

An der zweiten Vorbereitungskonferenz wurde über die politische Erklärung und den Aktionsplan diskutiert – Dokumente, die am Gipfel in Genf im Dezember diesen Jahres verabschiedet werden sollen. Die Schweiz hat sich an der Konferenz zudem dafür stark gemacht, dass die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft ihre Anliegen am Weltgipfel einbringen können. Aktionsprogramme können nur umgesetzt werden, wenn sie realisierbar sind und von den Akteuren auch getragen werden.

Worin unterscheidet sich der Weltgipfel von anderen weltweiten Konferenzen im Bereich der «Information and Communication Technology» (ICT)?

Der Weltgipfel über die Informationsgesellschaft möchte nicht nur Technologien thematisieren. Die Technologie soll nur ein Instrument sein, um bestimmte Ziele zu erreichen. Ich denke hier beispielsweise an die Vermittlung von Informationen über lokale Radiostationen, an die Beratung von Chirurgen in entlegenen Regionen via Informatik oder an den Zugang zu Wissen über das Internet in jedem Dorf unseres Planeten. Der Weltgipfel zur Informationsgesellschaft ist die erste globale Konferenz



Der Weltgipfel will aufzeigen, wie Norden und Süden von der Informationsgesellschaft profitieren können.

zu diesem Thema. Alle Länder, internationale Organisationen, Unternehmen und Medien aus der ganzen Welt werden dabei sein.

Welchen Mehrwert bringt der Weltgipfel für die Entwicklung der Informationsgesellschaft?

Ich bin überzeugt, dass die Diskussionen am Weltgipfel und vor allem sämtliche Aktivitäten, die vor, während und nach dem Weltgipfel stattfinden, etwas auslösen können. Nur mit konkreten Beispielen können wir aufzeigen, wie der Norden und der Süden von der Informationsgesellschaft profitieren können. Dank dem Weltgipfel können wir Win-win-Situationen erreichen. In der industrialisierten Welt ist das Marktpotenzial weitgehend ausgeschöpft; die Telekommunikationsunternehmen brauchen neue Märkte. Und

die Entwicklungsländer stellen diese Märkte dar. Wesentlich wird allerdings sein, wie der ICT-Ausbau in den Entwicklungsländern finanziert wird. Auch dafür soll der Gipfel Lösungen bringen.

Welche Relevanz hat der Weltgipfel für Schweizer Unternehmen?

Ich bin überzeugt, dass Schweizer Firmen am Gipfel konkrete Aktionsprogramme erarbeiten können. Es geht darum, unsere qualitativ hoch stehenden Dienstleistungen neuen Märkten anzubieten. Die Dimensionen dieser neuen Märkte – China, Afrika usw. – sind immens: Wir sprechen von Hunderten von Millionen Menschen, denen Zugang gewährt werden kann. Hier ist ein riesiges Investitionspotenzial vorhanden, auch wenn unsere Firmen wohl bloss in Nischen vorstossen können.

Aufbau einer neuen terrestrischen Verbreitung mit Gebührengeldern?

Die SRG will mit einem Antrag an den Bundesrat die konzessionsrechtlichen Voraussetzungen für die Digitalisierung ihrer TV-Senderkette schaffen. Die Digitalisierung nach internationalem DVB-T Standard (Digital Video Broadcasting Terrestrial) kommt dem Aufbau einer neuen Verbreitungsinfrastruktur gleich. Finanziert werden soll dies mit einer Erhöhung der TV-Empfangsgebühren auf den 1. Januar 2005 um 1,25 Prozent.

economiesuisse ist erstaunt, dass mitten in der parlamentarischen Debatte über die künftige Struktur der elektronischen Medien so grundlegende Vorentscheide mittels einer Konzessionsänderung getroffen werden sollen. Bekanntlich kommt aus Sicht des Wirtschaftsstandortes Schweiz im neuen Radio- und Fernsehgesetz der Regelung der Verbreitung – sowie deren Finanzierung – eine zentrale Bedeutung zu.

Problematisch ist der Umstand, dass sich die SRG über den Weg einer Konzessionsänderung das exklusive Nutzungsrecht an dieser Verbreitungsinfrastruktur sichern will. Die SRG in ihrer Funktion als Fernmeldediensteanbieter darf keinen Sonderstatus beanspruchen. Schweizer Regionalveranstalter müssten deshalb von Anfang an gleichberechtigt mit der SRG an dieser Verbreitungsinfrastruktur partizipieren können. Ansonsten drohen Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der privaten Anbieter.

economiesuisse hat beantragt, dass der SRG die verlangte Konzessionsänderung verweigert wird. Denn erstens ist der gebührenfinanzierte Aufbau einer neuen Verbreitungsinfrastruktur für die Sicherstellung der Grundversorgung mit SRG-Programmen nicht nötig. Zweitens ist der Aufbau einer zusätzlichen öffentlich finanzierten Infrastruktur aus ordnungspolitischer Sicht fragwürdig, und drittens kann das exklusive Nutzungsrecht der SRG – und die damit einhergehende Diskriminierung der Schweizer Regionalsender – nicht akzeptiert werden.



rene.buholzer@economiesuisse.ch

APG reduziert CO₂-Ausstoss mit dem Einsatz von Gasfahrzeugen

Die Mitarbeiter der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) sind viel mit dem Auto unterwegs. Seit einiger Zeit benutzen sie umweltfreundliche Gasfahrzeuge.

Die vor über hundert Jahren gegründete APG ist in der Schweiz die führende Firma im Bereich Aussenwerbung. Sie besitzt in unserem Land ein flächendeckendes Plakatnetz. An 20 Standorten sorgen über 500 Angestellte für die professionelle Bewirtschaftung der Werbeflächen. Seit 2000 besitzt die APG ein Umweltmanagementsystem mit dem Ziel, die Umweltbelastungen kontinuierlich zu reduzieren. Bereits mehr als drei Jahre ist die APG zudem Mitglied der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) und damit bei deren Programm zur Reduktion des CO₂-Ausstosses.

Eco-Drive-Fahrkurs für Afficheure

Täglich sind rund 450 Mitarbeiter für die APG im Einsatz, alle mit eigenen Geschäftsfahrzeugen. Sie legen jährlich über 7,2 Mio. Fahrkilometer zurück. Eine Umweltbilanz hat gezeigt, dass zirka 40 Prozent der Umweltbelastung pro Plakat treibstoffbedingt sind. Der Treibstoffverbrauch der Benzin- und Dieselfahrzeuge ist für 60 Prozent der CO₂-Emissionen der APG verantwortlich.



Die APG setzt auf Eco-Drive und Gasfahrzeuge. Heute fahren 32 APG-Autos mit Erd- oder Kompogas, vier weitere Autos sind mit Hybridantrieb ausgerüstet.

In einem ersten Schritt haben alle Afficheure der APG einen Eco-Drive-Fahrkurs besucht. Dieser Kurs lehrt die Grundlagen einer sicheren, effizienten und kostengünstigeren Fahrweise. In einem zweiten Schritt hat die APG 32 Gasfahrzeuge angeschafft und besitzt nun die grösste Gasfahrzeugflotte der Schweiz. Mit Gas statt Benzin als Treibstoff lässt sich der CO₂-Ausstoss um 25 Prozent vermindern. Acht dieser Fahrzeuge werden mit dem CO₂-freien Brennstoff Kompogas betrieben und emittieren jährlich über 6625 Kilogramm weniger CO₂. Bei den erdgasbetriebenen Fahrzeugen liegt das durchschnittliche CO₂-Reduktionspotenzial bei 1675 Kilogramm pro Fahrzeug und Jahr. Die Mehrinvestitionen betragen pro Fahrzeug zirka 5000 Franken. Dank

den günstigeren Treibstoffkosten für Gas kann dieser Betrag in weniger als acht Jahren amortisiert werden. Beim im Vergleich zum Benzin um über 40 Prozent günstigeren Kompogas liegt die Amortisationsdauer sogar unter fünf Jahren. Bei der allfälligen Einführung einer CO₂-Abgabe würde die Wirtschaftlichkeit von Gasfahrzeugen noch besser. Die APG hat zudem vier Hybridfahrzeuge angeschafft, um weitere Erfahrungen in ökologischer und wirtschaftlicher Mobilität zu sammeln.

Keine Komforteinbussen

Die bisherige Nutzung der Gasfahrzeuge wertet die APG als durchwegs positiv. In Bezug auf den Fahrkomfort sind gegenüber Benzinfahrzeugen keine Unterschiede festzustellen. Einzig das Gas-Tankstellennetz mit 23 Stationen in der ganzen Schweiz (davon elf mit Kompogas) ist noch ausbaufähig. Mit dem Einsatz von Gasautos leistet die APG einen wichtigen Beitrag zur CO₂-Reduktion. Christian Kauter, Unternehmensleiter APG und CEO der Affichage Holding in Bern, ist sich sicher, dass ein Bekenntnis zu ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit auf Überzeugung beruhen muss, denn nur auf dieser Basis sei langfristig erfolgreiches Wirtschaften möglich.



Die APG besitzt in der Schweiz ein flächendeckendes Plakatnetz.

Für eine Preisbekanntgabe bei entgeltlichen Mehrwertdiensten

economiesuisse begrüsst erhöhte Transparenz im Bereich der Preisdeklarationen – und zwar nicht nur bei Waren, sondern auch bei Dienstleistungen. Der Konsument muss in der Lage sein, sich über die Preisbildung und Kostenfolgen der von ihm beanspruchten Leistungen zu informieren. Transparenz liegt aber auch im Interesse des Anbieters, um Streitfälle zu vermeiden.

economiesuisse unterstützt deshalb eine Preisbekanntgabe für entgeltliche Mehrwertdienste. Diese Bekanntgabe wird ohnehin bereits weitgehend praktiziert. Die geplanten Änderungen müssen aber verhältnismässig sowie technisch und administrativ praktikabel sein. In diesem Sinne sollten beispielsweise tiefe Aufschaltgebühren (wie bei Televote-Diensten) von einer Preisbekanntgabe durch Sprechertext befreit werden. Ebenso müssen für so genannte Faxdienste (Übermittlung eines Faxes auf eine Mehrwertdienstfaxnummer) und SMS-Dienste technisch sachgerechtere Lösungen gefunden werden. Deshalb hat economiesuisse beantragt, den Verordnungsentwurf über die Bekanntgabe von Preisen entsprechend zu überarbeiten.

@ rene.buholzer@economiesuisse.ch

Aktuelle Publikationen von economiesuisse

«Corporate Governance in der Schweiz»

Bericht im Zusammenhang mit den Arbeiten der Expertengruppe «Corporate Governance», verfasst von Prof. Karl Hofstetter; erhältlich in Deutsch, Französisch und Englisch à Fr. 40.– + Mehrwertsteuer/Porto.

«Swiss Code of Best Practice for Corporate Governance»

Erhältlich in Deutsch, Französisch und Englisch, gratis.

Beide Publikationen können bei economiesuisse, Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich, Telefon 01 421 35 35, E-Mail: amanda.grospietsch@economiesuisse.ch bestellt werden.

Anpassung der bilateralen Verträge als logische Konsequenz der EU-Erweiterung

Die EU wird nächstes Jahr zehn neue Mitglieder aufnehmen. Die Schweizer Wirtschaft begrüsst die Erweiterung der EU.

Die Europäische Union (EU) hat ihr Mandat für die Verhandlungen mit der Schweiz im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung verabschiedet. Der Bundesrat hat seinerseits das entsprechende schweizerische Verhandlungsmandat beschlossen. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft präsentiert sich die Anpassung der bilateralen Verträge als logische Konsequenz des bilateralen Weges, den unser Land mit Erfolg eingeschlagen hat und der auch auf absehbare Zeit das Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn bestimmen dürfte.

Wichtige Handelspartner und Investitionsstandorte

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die nächsten Jahre der EU beitretenden Staaten zu Europa gehören und mit unserer Volkswirtschaft immer mehr zusammenwachsen werden. Die neuen Mitglieder zeichnen sich durch ein höheres Wirtschaftswachstum aus als die bisherigen EU-Länder. Gemäss jüngsten Prognosen der EU soll es 2003 3,1 Prozent und 2004 4,0 Prozent betragen (EU: 1,3 Prozent bzw. 2,4 Prozent).

Die Schweiz pflegt traditionell gute Beziehungen mit den neuen Mitgliedstaaten in Zentral- und Osteuropa und im Mittelmeerraum. Aus Sicht der Schweizer Unternehmen ist die EU-Erweiterung zu begrüßen, da diese Handelspartner und Investitionsstandorte für unsere Wirtschaft zunehmend wichtiger werden. Der Beitritt zur EU wird die Rechtssicherheit in diesen Ländern weiter verbessern. Bezüglich der schweizerischen Integrationspolitik kann festgehalten werden, dass mit der Erweiterung der EU auch unsere bilateralen Abkommen einen breiteren Wirkungskreis



erhalten und dass auf diese Weise der bilaterale Weg der Schweiz gestärkt wird. Befürchtungen, wonach durch die Freizügigkeit im Personenverkehr mit einer starken Zunahme der Zuwanderung zu rechnen sei, sind nach Auffas-

sung der Schweizer Wirtschaft unbegründet. Dies umso mehr, als auch gegenüber den neuen EU-Mitgliedern dieselben Einschränkungen und Sicherungen gelten werden, die bereits im bestehenden Abkommen mit der EU eingebaut sind.

Die Schweizer Wirtschaft unterstützt die Behörden in ihren Bemühungen, eine geregelte Ausdehnung des bilateralen Vertragsnetzes mit der EU auch auf diese zukunftsorientierten Volkswirtschaften herbeizuführen.

Bilaterale II: EU-interne Entscheidungsprozesse verzögern die Verhandlungen

Die bilateralen Verhandlungen II sind nach wie vor nicht abgeschlossen. Die Erfahrung zeigt, dass es immer schwierig ist, das endgültige Ergebnis vorwegzunehmen. Auch punkto zeitlichem Ablauf ist noch vieles ungewiss. Wie schon bei den bi-

lateralen Verhandlungen I ist es vor allem die EU-Seite, welche den Verhandlungsprozess verzögert und erschwert. Dies hängt mit den aufwändigen EU-internen Entscheidungsprozessen zusammen. Trotz dieser Unklarheiten und offenen Fragen

können bereits einige Schlüsse gezogen werden. So darf man feststellen, dass die klare schweizerische Haltung in Sachen Finanzplatz und Bankkundengeheimnis zur Folge hatte,

Fortsetzung auf Seite 6

Wirtschaftliche Relevanz der sieben sektoriellen Abkommen Schweiz–EU

Für die Schweiz sind die sieben sektoriellen Abkommen von grosser Bedeutung. Das Personenfreizügigkeitsdossier gilt als das wichtigste Element des Siebnerpakets.

Die sieben sektoriellen Abkommen Schweiz–EU sind am 1. Juni 2002 in Kraft getreten. Sie können somit seit bald einem Jahr ihre Wirkung entfalten. Erfahrungsgemäss ist dies eine zu kurze Zeitspanne, um fundierte Aussagen über die Abkommen machen zu können. Denn sowohl die Verwaltungen der involvierten Länder als auch die Wirtschaftsakteure müssen sich zunächst bewusst werden, dass solche Abkommen bestehen, und sie müssen Mittel und Wege suchen, um diese umzusetzen bzw. auszuschöpfen. Bereits jetzt lässt sich aber feststellen, dass die Mitglieder von *economiesuisse* den sieben sektoriellen Abkommen grosse Bedeutung beimessen. Von Seiten der Unternehmer wird betont, dass die Abkommen unentbehrlich und unumgäng-

lich seien. Kurzfristig bildeten sie die einzige Grundlage, mittels der die schweizerische Wirtschaft einigermaßen diskriminierungsfrei am EU-Binnenmarkt teilhaben kann. Die schweizerischen Firmen könnten auf diese Weise ihren Konkurrenten aus den EU-Mitgliedstaaten Paroli bieten. Diese Hinweise aus der Wirtschaft entsprechen den Erwartungen. Die Wirtschaftsverbände haben aus grundsätzlichen Erwägungen und aufgrund der Äusserungen aus Unternehmerkreisen stets auf die grosse Bedeutung dieser Abkommen für die Schweizer Wirtschaft hingewiesen.

Personenfreizügigkeit am wichtigsten

Bei der Bewertung der einzelnen Abkommen überrascht es nicht, dass das Personenfreizügigkeitsdossier als das wichtigste Element des Siebnerpakets angesehen wird. Es gehört wohl zur Ironie der Geschichte, dass die EU den Einbezug dieses Dokuments in die Verhandlungen fordern musste und unsere

Behörden nach dem EWR-Nein diese Thematik nur zögerlich angingen. Auch das Abkommen über den Abbau der technischen Handelshemmnisse ist von grosser Bedeutung.

Verkehrs- und Agrarabkommen nicht unterschätzen

Die Abkommen über das Öffentliche Beschaffungswesen und über die Forschungszusammenarbeit fallen lediglich in eine dritte Kategorie, da Teile der Wirtschaft sie als bedingt hilfreich beurteilen. Die Verkehrsabkommen (Landverkehr und Luftverkehr) sowie das Agrarabkommen rangieren punkto Bedeutung an letzter Stelle. Sie sind für zahlreiche Unternehmen nicht von direkter Relevanz, sollten aber nicht unterschätzt werden. Gesamtwirtschaftlich gesehen spielen unsere Verkehrsverbindungen eine wichtige Rolle. Das Agrarabkommen ist aus liberaler Sicht ebenfalls sehr zu begrüssen.

@ gregor.kundig@economiesuisse.ch

Fortsetzung von Seite 5

dass die EU im Innenverhältnis über die Bücher gehen musste und ihre in Feira definierte harte Haltung änderte. Ein wirklicher Lichtblick in den bilateralen Verhandlungen II ist das Dossier «Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte». Die grosse Enttäuschung in diesen Verhandlungen ist das Dienstleistungsdossier.

Gesamthaft bringen die Bilateralen II zentrale Verbesserungen für bestimmte Teile der Wirtschaft.

Die Gesamtwirtschaft ist im Gegensatz zu den Bilateralen Abkommen I (z.B. Personenverkehrsabkommen) nur wenig tangiert. Wichtig ist aber, wie die bilateralen Verhandlungen II durch die Eidgenössischen Räte verabschiedet werden, da «Schengen/Dublin» in einer

Volksabstimmung für andere Dossiers zu einem Stolperstein werden könnte.

Wie soll sich die Wirtschaft im innerschweizerischen politischen Ratifikationsverfahren verhalten? Es ist davon auszugehen, dass neben dem Bundesrat auch die Mehrheit des Parlaments zu diesen Verträgen grünes Licht geben wird. Ebenso ist anzunehmen, dass ein Referendum gegen «Schengen/Dublin» ergriffen wird. Aus diesem Grunde ist die Frage von zentraler Bedeutung, wie der Bundesrat diese Verhandlungen rechtlich einbinden will, ob in separate Bundesbeschlüsse oder in einen Bundesbeschluss. Die Wirtschaft spricht sich aus verschiedenen Gründen dafür aus, die einzelnen Verhandlungsergebnisse in separate Bundesbeschlüsse zu kleiden.

@ gregor.kundig@economiesuisse.ch



Konkrete Massnahmen im Kampf gegen die Korruption

Die Finanzskandale, von denen einige internationale Firmen erschüttert wurden, haben Fragen der Unternehmensführung wieder aktuell werden lassen. Denn die Finanzskandale und andere Ereignisse führten zum Zusammenbruch der Börsenwerte, zu einem Vertrauensverlust in die grossen Unternehmen und zu neuem Druck auf die Führungskräfte.

Erste Regeln zur Bekämpfung der Korruption bereits 1977

Die ICC, Weltorganisation der Unternehmen, beschäftigt sich seit über 25 Jahren mit den Problemen im Bereich der Korruption, die dem internationalen Handel schadet. Die ersten von der ICC ausgearbeiteten Regeln zur Bekämpfung der Korruption wurden 1977 veröffentlicht. 1996 und 1999 wurden die Regeln überarbeitet. Heute sind sie wichtige Anhaltspunkte für die internationale Gemeinschaft.

Standardwerk im Bereich der Korruption

Die Ausgabe 2003 – Fighting Corruption – erläutert konkrete Massnahmen, die Unternehmen treffen können, um sich und ihre Aktionäre vor Angestellten, unabhängigen Wirtschaftsprüfern oder Managern zu schützen, die gegen die Ethik und das Gesetz verstossen.

Fighting Corruption deckt eine breite Themenpalette ab – von der Definition von Erpressung und Korruption zur Buchhaltung, von der Rechnungsprüfung und Finanzkontrolle zu den Alarmsignalen der Korruption.



@ info@icc-switzerland.ch

Dossiers bilaterale Verhandlungen II

- Zinsbesteuerung
- Dienstleistungen (inzwischen aus den Verhandlungen herausgelöst)
- Betrugsbekämpfung
- Bildung, Berufsbildung, Jugend
- Verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz, Polizei, Asyl und Migration (Schengen/Dublin)
- Medien
- Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte
- Statistik
- Umwelt
- Ruhegehälter

Soft- und Hardware für KMU aus einer Hand

Die Bison Group setzt im IT-Markt auf leise Töne und Kontinuität und auf eine enge Zusammenarbeit mit Partnerfirmen und Kunden. Dass die beiden Bereiche Software und Hardware bei Bison unter einem Dach Platz finden, macht die Produkte und Netzwerklösungen für Kunden attraktiv.

Satte, gelbe Löwenzahnwiesen, glückliche Kühe, die verschneiten Alpen am Horizont – in dieser idyllischen Umgebung am Ufer des Sempachersees behauptet sich die Schweizer Firma Bison Group im knallharten IT-Business. Ihren Anfang nahm die Geschichte des Unternehmens, das heute mit «Bison Solution» eine Softwarelösung für Handel und Industrie und über die Tochterfirma Bison Systems AG die entsprechende Hardware anbietet, zwar nicht in einer Garage, dafür aber auf einem Bauernhof: Rudolf Fehlmann, CEO der Bison Group, hat vor über zwanzig Jahren auf dem Hof seiner El-



Diese Bison-Mitarbeiter testen ein Kassensystem vor der Auslieferung an den Kunden.

tern zu tüfteln begonnen. Sein damaliger Partner, Urs Haller, ist heute Entwicklungsleiter des Unternehmens. Fehlmann hat später Elektrotechnik an der ETH studiert und ein Wirtschaftsstudium abgeschlossen. Der IT-Leidenschaft ist er treu geblieben.

Internettechnologie als Basis
«Bison Solution», das Hauptprodukt der Bison Group, ist eine prozessorientierte, für den

Mittelstand konzipierte Business Software, die das gesamte Supply Chain Management abdeckt und über diverse Module wie Customer Relationship Management (CRM), Business-To-Consumer, Business-To-Business und Produktionsmanagement verfügt. Die Software basiert zu 100 Prozent auf Internettechnologie. Bison Systems, die zu 70 Prozent dem deutschen Konzern PC Ware Informations Technologies in Leipzig gehört, bietet zudem Kassensysteme, Informationssysteme und e-Phone-Lösungen an. Bison beschäftigt inzwischen 370 Mitarbeiter – 250 «Softies» in der Bison Schweiz AG und 120 «Hardies» in der Bison Systems. Die liebevollen internen Bezeichnungen deuten es an: Die Mitarbeiter der Bison Group verstehen sich als grosses Team, alle ziehen am gleichen Strick. Die beiden Bereiche ergänzen sich ideal: Kunden können bei Bison alles aus einer Hand beziehen. «Stammen Software und Hardware von unterschiedlichen Anbietern, schieben diese sich bei Problemen die Verantwortung oft gegenseitig zu», weiss Iris Weber, Geschäftsleitungsmitglied und Leiterin «Group Wide Services».

Fenaco ist grösster Kunde

Der Name «Bison» stand auch in den Boomjahren der IT-Branche in den Medien nicht im Rampenlicht – eine Bescheidenheit, die sich jetzt

auszahlt: «Wir müssen im momentanen schwierigen Umfeld sicher auch Korrekturen vornehmen, haben aber nie Überkapazitäten aufgebaut», erläutert Weber. «Da keine Gelder vom Markt kamen, haben wir uns auf die sorgfältige Entwicklung unserer Soft- und Hardware konzentriert.» Im Entwicklungsteam von Bison arbeiten 40 Tüftler – eine im Vergleich zu indischen Software-Fabriken geringe Zahl: «Wir stellen Qualität vor Quantität», entgegnet Weber. Das Konzept scheint anzukommen: Die Kundenliste

von Bison ist beeindruckend. Der grösste Kunde ist der im Agrarbereich tätige Fenaco-Konzern, zu dem unter anderem die Landi- und Volg-Läden gehören und der zu 29 Prozent an der Bison Group beteiligt ist. Die Bison-Leistungen nehmen aber unter anderem auch die Firmen Otto's, Loeb, Vatter, Ticketcorner, IKEA, Orell Füssli, Unique oder die Post in Anspruch.

Zwei Jahre Technologievorsprung

Je länger je mehr vernetzt sich die Bison Group: «Wir haben in den letzten Jahren gelernt, dass es ganz wichtig ist, mit Partnern zusammenzuarbeiten, die ein spezielles Know-how in einer Branche haben.» Das Partnernetzwerk der Bison Group umfasst inzwischen 40 Firmen und soll weiter ausgebaut werden. Das Wissen, das sich die Bison Group in den Jahren seit der Gründung und in Zusammenarbeit mit ihren Partnern erarbeitet hat, setzt die Firma heute erfolgreich in Bison Solution um. Das unabhängige Consulting-Büro «Cambridge Technology» hat Bison Solution einen Technologievorsprung von zwei Jahren attestiert. Die Bison Group lässt sich denn auch von den gegenwärtigen Schwierigkeiten im IT-Markt nicht entmutigen: «Wir verhalten uns antizyklisch», betont Weber, «und investieren weiterhin in die Entwicklung unserer Produkte.»

Die drei wirtschaftspolitischen Wünsche von CEO Rudolf Fehlmann

Investitionen in die Ausbildung

Die Schweiz hat sich ihre gute Position im internationalen Wettbewerb dank hervorragend ausgebildeter Fachleute erarbeitet. Nur wenn wir weiterhin aktiv in die Ausbildung investieren, sind wir auch in Zukunft vorne mit dabei. Die Bison Group leistet hier als regionaler Arbeitgeber einen wichtigen Beitrag. Diesen Beitrag erwarten wir auch von der Politik.

Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen

Die hohe Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft muss unterstützt und gesichert werden. Diese Forderung steht in direktem Zusammenhang mit einer

guten Ausbildung. Darüber hinaus gilt es, das Unternehmertum mit entsprechenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu fördern.

Zweite Chance für Unternehmer

Last but not least: Auch ein gesellschaftliches Umdenken ist gefragt. Wer ein kalkuliertes Risiko eingeht, kann scheitern, ist deswegen aber noch lange kein Verlierer. Wir müssen Unternehmern, die mit eigenem Kapital ein Risiko eingehen, eine zweite Chance geben.



Die Posttariferhöhung belastet die Wirtschaft und vernichtet Arbeitsplätze

Die Post erhöht ihre Tarife und verursacht damit bei ihren Geschäftskunden Zusatzkosten von etwa 250 Mio. Franken. Mehrere hundert Arbeitsplätze in der Wirtschaft werden so gefährdet.

Die angekündigte Erhöhung der Posttarife ist primär eine Folge von verfehlten Rahmenbedingungen der Politik, die die notwendige Reorganisation der Post verhindern. Die Wirtschaft – für 80 Prozent des Umsatzes der Post verantwortlich – ist nicht bereit, die Kosten der durch regional- und sozialpolitische Sonderwünsche aufgeblähten und überholten Struk-

turen zur Erbringung der Postdienstleistungen zu zahlen. Die Preiserhöhung würde bei den Geschäftskunden der Post Brutto-Zusatzkosten von etwa 250 Mio. Franken verursachen. Wobei die betroffenen Kreise der Wirtschaft davon ausgehen, dass – angesichts der aktuellen konjunkturellen Lage – die Tarifierhöhung einen forcierten Rückgang des beförderten Volumens bewirken wird. Aufgrund dieses Effekts dürften die tatsächlichen Mehreinnahmen der Post auf ungefähr 120 Mio. Franken schrumpfen. In der Wirtschaft dürfte dieser Volumenrückgang einen Wertschöpfungsverlust von rund 50 Mio. Franken zur Fol-



ge haben und mehrere hundert Arbeitsplätze gefährden. economiesuisse fordert deshalb die Rücknahme der angekündigten Preiserhöhung der Briefpost.

Post aus politischer Umklammerung befreien
economiesuisse ist interessiert an einer nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführten Post mit Zukunft. Nur

so wird die Schweiz weiterhin von innovativen, qualitativ hoch stehenden und preiswerten Postdienstleistungen profitieren können. Wie die angekündigte Preiserhöhung beweist, werden die Tarife trotz des gegenwärtigen Monopols eines Regiebetriebs erhöht. Die Post ist deshalb aus der politischen Umklammerung zu befreien. Die Öffnung des Postmarktes ist zügig voranzutreiben und die Finanzierung der Grundversorgung durch eine Vorwärtsstrategie, Restrukturierungen und unternehmerisches Handeln sicherzustellen.

rene.buholzer@economiesuisse.ch

Dokumentation

- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2003»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- «Facts der Wirtschaft»**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5-mal jährlich. Gratis.
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- «ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economiesuisse.ch
- «Newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- «Wirtschaftspolitische Foliensets»**
 - 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik (Fr. 20.–),
 - 11 Folien Sozialpolitik (Fr. 15.–),
 - + Porto oder gratis Download.
- «Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/ Französisch/ Englisch. Gratis.
- «Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- «E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/ Französisch/ Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- «Dossier Politik, Pressedienst»**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Firma _____

Name _____ Strasse _____

Vorname _____ PLZ/Ort _____

Funktion _____ E-Mail _____

Vernehmlassungen

- 31. Mai 2003**
Bundesgesetz über die Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen; Vernehmlassungsverfahren
Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch
- Totalrevision des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG), Fragebogen
Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch
- 20. Juni 2003**
Empfehlungen für das Verhandeln bei Projekten, die dem Verbandsbeschwerderecht unterliegen; Vernehmlassungsverfahren
Kontakt: florent.roduit@economiesuisse.ch
- 18. Juli 2003**
Vernehmlassungsverfahren zur Revision der Postverordnung zur Umsetzung der «Gesamtchau Post» und der Revision des Postgesetzes
Kontakt: rene.buholzer@economiesuisse.ch

Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse.ch anfordern.